

Stand der EPA-Regionalverhandlungen

(September 2005)

Überblick

Nach Angaben der mit den Verhandlungen auf EU-Seite hauptsächlich betrauten **DG Trade** schreiten inzwischen in allen Regionen nicht nur vorbereitende Arbeitsgruppen, sondern auch die Abstimmung über inhaltliche Details der EPAs rascher voran. Dabei handle es sich um so unterschiedliche Bereiche wie Zölle, Handelserleichterung, technische Standards und Dienstleistungen.

Handelskommissar **Mandelson** ging im April bei der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung zwischen EU und AKP in Bamako (Mali) besonders auf die geforderten Verbesserungen im Bereich Baumwolle ein. Er erkannte die Kritik an den EU- und US-Subventionen für Baumwolle an, die die Weltmarktpreise seit Jahren nach unten treiben. Vor dem Handelsausschuss des Europaparlaments stellte er den ersten Bericht der DG Trade zur Effektivität des erleichterten Marktzugangs in die EU für Entwicklungsländer vor ([White Paper on EU preferential trade access programmes](#)).

Unterdessen übten die **AKP-Staaten** harsche Kritik am bisherigen Verlauf der EPA-Verhandlungen. Beim Treffen des AKP-Ministerrates in Brüssel im Juni veröffentlichten sie eine [Erklärung](#), wonach bisher die für die AKP vordringlichen Themen wie entwicklungspolitische Aspekte und die Priorisierung der regionalen Integration nur am Rande und in nicht zufriedenstellender Intensität diskutiert worden seien. Sie forderten die EU-Vertreter nochmals dazu auf, einen nichtmerkantilen Ansatz zu verfolgen und langfristige Entwicklungsziele wie Armutsbekämpfung stärker herauszustellen. Sie forderten auch mehr Hilfen für den Ausbau der Produktionskapazitäten, Aufbau von Institutionen und Ausbildung im Handelsbereich.

Beim **EU-AKP-Ministerrat** im Juni ging es um die nach fünf Jahren regulär anstehende Revision des Cotonou-Vertrages. Die EU war wegen der Blockade bei der Verabschiedung ihres Haushaltsrahmens für die nächsten Jahre nicht in der Lage, konkrete finanzielle Zusagen zu machen.

Im folgenden werden die Verhandlungsthemen und –fortschritte in den sechs Regionalgruppen ausführlicher erläutert:

- [Westafrika – ECOWAS](#)
- [Zentralafrika – CEMAC](#)
- [Süd- und Ostafrika – ESA](#)
- [Südliches Afrika – SADC](#)
- [Pazifische Gruppe](#)
- [Cariforum](#)

Westafrika - ECOWAS

2005 wurde bisher vor allem über den Stand der regionalen Integration gesprochen. Es gab fünf technische Arbeitsgruppen zu den Bereichen regionale Märkte, technische und sanitäre Standards, Dienstleistungen und Investitionen, andere handelsverwandte Themen sowie Analyse der lokalen Industrien. Bei Treffen im März gab die ECOWAS bekannt, binnen kurzem einen gemeinsamen Außenzoll anzunehmen.

Bei einem Treffen hoher Beamten in Brüssel im Februar gab es zähe Diskussionen zu Grundlagenfragen, die zwischenzeitlich schon geklärt schienen (welche Perspektive, welches Leitbild soll das EPA haben?). Ferner gab es Gespräche zu einer Studie zum "Referenzrahmen" der Verhandlungen, d.h. in dieser Studie soll der status quo der nationalen Ökonomien der ECOWAS-Staaten und ihre Integration untereinander evaluiert werden. Westafrika ging mit einem ausführlichen Statement darauf ein, welche Themen in dieser Studie untersucht werden müssten, und legte besonderen Wert darauf, die durch EPA verursachten Anpassungskosten für die einzelnen Staaten und ECOWAS als Region zu untersuchen. Diskutiert wurde auch ein Vorschlag der westafrikanischen Staaten, einen Finanzmechanismus in die EPAs zu integrieren, der durch Zolssenkungen verursachte Löcher in den öffentlichen Kassen kompensieren könnte.

Den Wunsch der ECOWAS, Hilfen zur Produktionssteigerung und Wettbewerbsfähigkeit in die Verhandlungen aufzunehmen, lehnten die EU-Vertreter ab: das EPA müsse sich auf Handel konzentrieren. ECOWAS-Vertreter hielten dem entgegen, nachhaltige Entwicklung und strukturelle Modernisierung der westafrikanischen Ökonomien seien in bisherigen Verhandlungsdokumenten durchaus als EPA-Ziele benannt worden.

ECOWAS lehnte zum wiederholten Male die Aufnahme von Arbeitsbedingungen und der Singapurthemen (Investitionen, Beschaffungswesen, Wettbewerbspolitik) in die Verhandlungsagenda ab. Insgesamt aber ist unverkennbar, dass sich der Verhandlungsprozess voranbewegt und in vielen Punkten bereits Zugeständnisse von Seiten der ECOWAS gemacht wurden. Im Oktober ist eine Gesprächsrunde auf Ministerebene vorgesehen.

Zentralafrika - CEMAC

Wie in der ECOWAS-Gruppe standen in den letzten Monaten Fragen der regionalen Integration im Mittelpunkt, wobei auch der Zuschnitt der Arbeitsgruppen weitgehend identisch war. In der Arbeitsgruppe zu Zollfragen gab die CEMAC Auskünfte zu ihrem gemeinsamen Außenzoll und zu den dabei auftretenden Problemen, vor allem zu den vielen Ausnahmebestimmungen. Dazu legten die zentralafrikanischen Länder auch eine detaillierte Liste mit Bitte um Hilfestellungen seitens der EU vor. Ebenso gab es Gespräche über Hilfen zum Aufbau geeigneter Institutionen bzgl. technischer Handelsbarrieren (TBT) und sanitärer und phytosanitärer Standards (SPS). Es waren die ersten Treffen mit der CEMAC-Verhandlungsgruppe, bei denen inhaltliche Details auf der Tagessordnung standen.

Ende April gab es in Brüssel ein informelles Treffen zwischen DG Trade und anderen EU-Beamten sowie CEMAC- und ECOWAS-Vertretern. Dabei ging es um Einschätzung der momentanen Lage in den verschiedenen Gesprächsthemen und der Verhandlungsspielräume. Thema war auch der Artikel 24 des GATT, der regionale Freihandelszonen zwischen WTO-Mitgliedern restriktiv auslegt. Im Oktober steht ein Ministertreffen auf dem Terminkalender.

Süd- und Ostafrika - ESA

Die Region befindetet sich noch im Prozess der Abstimmung der Verhandlungsposition unter den Mitgliedsländern, in der zweiten Jahreshälfte 2005 sollten jedoch die eigentlichen Verhandlungen mit der EU beginnen.

Im März gab es im Rahmen dieses Vorbereitungsprozesses bereits die dritte Runde von Workshops, die den ESA-Ländern helfen sollen, ihren

Dienstleistungsmarkt exakt zu untersuchen. Auf dieser Grundlage soll es ihnen dann leichter fallen, Angebote und Forderungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen in die Verhandlungen einzubringen. Auch wird COMESA-intern derzeit über die Möglichkeit eines regionalen Investitionsabkommens (CCIA) beraten. Die EU finanzierte ferner Schulungen von ESA-Beamten zum Thema geistige Eigentumsrechte (TRIPS), die aus europäischer Sicht als Werkzeug zu regionaler wirtschaftlicher Entwicklung dienen könnte.

Zum Thema Agrarmärkte gab es im April das erste Treffen, wobei es eher allgemein um das Problem von EU-Subventionen und die WTO-Kompatibilität ging, nicht um konkrete Liberalisierungsangebote. Im Mai wurde bei einem hochrangig besetzten Treffen in Nairobi über den Zusammenhang der EPAs mit dem Fortschritt der regionalen Integration und handelsverwandte Bereiche gesprochen. Im Juni drängten die COMESA-Staatsoberhäupter die EU, besondere Schutzklauseln für kleine Inselstaaten zuzulassen (Komoren, Seychellen, Mauritius).

Nach Angaben der EU waren die Fortschritte in den Positionen der Region seit Beginn der Verhandlungen im Februar 2004 erheblich. Die ESA-Staaten gaben an, "sehr bald" in konkrete Verhandlungen über Marktzugang, Landwirtschaft, Fischerei und Entwicklungsmaßnahmen eintreten zu wollen. Ende 2005 soll es eine Gesprächsrunde auf Ministerebene geben.

Südliches Afrika - SADC

In der EPA-Verhandlungsgruppe sind nur sieben der zwölf SADC-Staaten vertreten: Namibia, Botswana, Swasiland, Lesotho, Angola, Mosambik und Tansania. Simbabwe, Mauritius, Malawi, Sambia entschlossen sich stattdessen für die Teilnahme in der ESA-Gruppe. Südafrika hat Beobachterstatus, da bereits ein bilaterales Abkommen (TDCA) mit der EU besteht. Verhandlungen der SADC-EPA-Gruppe begannen im Juli 2004 in Windhoek (Namibia).

Hohe Beamte beider Seiten trafen sich am 28. April in Gabarone (Botswana). Sie beschlossen, eine Studie über den Stand der regionalen Integration in der SADC zu Ende zu bringen, um auf dieser Grundlage einen Startpunkt für EPAs zu finden. Diese Studie soll insbesondere bei der Klärung von Problemen helfen, die sich aus den Mehrfachmitgliedschaften einiger SADC-Staaten ergeben. Der endgültige Entwurf sollte bis Ende Mai fertiggestellt sein. Wie Ivano Casella, der Koordinator der regionalen Verhandlungsgruppe, im Vorfeld des Treffens sagte, könne dabei auch über Auswirkungen des bilateralen Abkommens zwischen EU und Südafrika auf die SACU-Mitglieder gesprochen werden. Welche Maßnahmen die SACU zur Verringerung der ungewünschten Effekte ergriffen werden, müsse aber die SADC ohne Mitwirkung der EU entscheiden. Casella hob Namibia als SADC-Mitglied hervor, das besonders effektive Vorarbeiten geleistet habe und schlug dem Land eine zeitweise Verhandlungsführung vor.

Beide Seiten sprachen auch über TBT und STS. Erstmals wurde klar festgelegt, dass auch Ursprungsregeln, Handelserleichterung und Zollzusammenarbeit Teil des EPA sein werden. Beide Seiten waren sich einig, dass die Liste der zu behandelnden Themen weiter offen bleibt. Bereits im März hatten auf Arbeitsebene Gespräche zu TBT, SPS und Zöllen stattgefunden.

Pazifische Gruppe

Im März und April gab es in allen pazifischen AKP-Staaten außer Nauru Vorbereitungstreffen, bei denen Handelsexporten sich um Klärung der

Verhandlungspositionen bemühten, vor allem bei Fischerei und Tourismus. Unter anderem ging es auch um die mögliche Reform des Artikels 24 GATT.

Knapp ein Jahr nach Beginn der bilateralen Verhandlungen trafen sich dann auf dieser Grundlage Ende Juli hochrangige Vertreter beider Seiten in Suva (Fiji). Bei der zweitägigen Gesprächen zwischen der EU und den 14 Pazifik-Staaten ging es vor allem um ein geplantes Fischerei-Partnerschaftsabkommen sowie um mögliche Abkommen in den Sektoren Tourismus und Investitionsförderung. Damit konnten die PACP in dem Treffen die von ihnen gewünschten Punkte auf die Tagesordnung bringen. Ein Teil der Gespräche wurde per Videokonferenz mit dem stellvertretenden EU-Handelskommissar Karl Falkenberg in Brüssel geführt. In der zweiten Jahreshälfte sind zwei weitere Gesprächsrunden vorgesehen, davon eine auf Ministerebene im November. 2006 und 2007 sind je drei Gesprächsrunden anvisiert.

Unterdessen äußerte Paul Tiensten, der Handelsminister von Papua-Neuguinea, Unmut über den langsamen Fortschritt der Verhandlungen, der seiner Auffassung nach die Ausschüttung von EU-Fördermitteln verhindern könnte. Tiensten meinte, die Mittel in Höhe von 50 Mio. € für Entwicklungsziele würden bevorzugt an afrikanische oder karibische AKP-Staaten vergeben, die in den Verhandlungen weiter seien.

Cariforum

Bei einem Treffen zu Themen des Marktzugangs auf Arbeitsebene im März in Brüssel ging es zunächst um den Stand der regionalen Integration in der Karibik. Geplant ist ein einheitlicher Markt der CARICOM-Staaten (CSME) sowie eine Freihandelszone zwischen CARICOM und der Dominikanischen Republik. Die EU dagegen forderte weiterhin eine karibische Zollunion. Außerdem sollen die LDCs in der CARICOM keinen Sonderstatus mehr genießen. In den Bereichen SPS und TBT nannten die karibischen Staaten Maßnahmen, wie die EU zur Schaffung der nötigen institutionellen Kapazitäten beitragen könne.

Zu Dienstleistungen meinten beide Seiten, EPAs bildeten eine Möglichkeit, die entwicklungspolitischen Schwächen des GATS auszubessern. Als Sektoren von gegenseitigem Interesse genannte wurden Telekommunikation, Seetransport und Kultur/Unterhaltung und Gesundheitstourismus. Die Delegierten diskutierten auch Entwürfe der CARICOM zu Investitionen und Finanzdienstleistungen. CARICOM bat die EU um Hilfe bei der Einrichtung einer regionalen Investitionsförderungsagentur. Die CARICOM informierte sich auch über die EU-interne Regelung des Dienstleistungsmarktes, die Bolkestein-Richtlinie und mögliche Auswirkungen auf karibische Anbieter. Nach der Sommerpause soll der Schwerpunkt der Verhandlungen dann auf konkreten Liberalisierungsschritten in allen diskutierten Sektoren liegen.

Regelmäßig aktualisierte Informationen zum Verhandlungsstand in den Regionen gibt es auf den Webseiten der [DG Trade](#) und bei [Trade Negotiations Insights](#).